



Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Beschlussvorlage

Drucksachen Nr.: BV/VIII/0316 Beschlussdatum: 18.06.2026
Beschluss-Nr.: STV 13/22/2026

Gegenstand: Resolution der Stadtvertretung Neubrandenburg zur Missbilligung der Äußerungen von Bundeskanzler Friedrich Merz gegenüber der AfD vom 06.06.2026

Behandlung: öffentlich
Einreicher: Ratsherr Tim Großmüller

Beratung	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen
		Ja	Nein	Enth.	Bef.	
Stadtvertretung	18.06.2026	-	-	-	-	abgelehnt

Neubrandenburg, 09.06.2026

gez Tim Großmüller
Ratsherr

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des § 22 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) werden durch die Stadtvertretung Neubrandenburg folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Stadtvertretung Neubrandenburg verurteilt auf das Schärfste die Äußerungen von Bundeskanzler Friedrich Merz vom 06. Juni 2026, in denen er die Alternative für Deutschland in eine Traditionslinie mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust gestellt hat.
2. Die Stadtvertretung stellt fest: Solche Vergleiche verharmlosen das einzigartige Verbrechen des nationalsozialistischen Völkermordes, diffamieren Millionen von Wählerinnen und Wählern, die die AfD demokratisch gewählt haben, und vergiften das politische Klima in Deutschland.
3. Die Stadtvertretung bekräftigt: In einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist jede demokratisch zugelassene Partei und ihre Wählerschaft mit Respekt zu behandeln. Politische Auseinandersetzung muss mit Argumenten geführt werden — nicht mit historischen Diffamierungen.
4. Der Oberbürgermeister der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg wird beauftragt, auf Grundlage dieser Resolution ein förmliches Missbilligungsschreiben aufzusetzen und dieses dem Bundeskanzleramt sowie dem CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern zuzuleiten.
5. Der Oberbürgermeister wird ferner beauftragt, diese Resolution dem Städtetag Mecklenburg-Vorpommern sowie dem Deutschen Städtetag zur Kenntnis zu übermitteln und dort auf eine gemeinsame Positionierung hinzuwirken.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Klimarelevanz:

Auswirkungen auf den
Klimaschutz

☐ ja, positiv*

☐ ja, negativ*

☒ nein

*Erläuterung:

Begründung:

1. Sachverhalt

Bundeskanzler Friedrich Merz hat am 06. Juni 2026 auf dem CDU-Landesparteitag Mecklenburg-Vorpommern in Linstow die Alternative fuer Deutschland als eine Partei bezeichnet, die in der Tradition des schlimmsten Unrechts unseres Landes steht, das es in der Geschichte jemals gegeben hat.

Diese Äußerung ist eindeutig: Der Kanzler stellte damit eine direkte Verbindung zwischen der AfD — einer demokratisch zugelassenen, in Bundestag und zahlreichen Landtagen vertretenen Partei — und dem nationalsozialistischen Völkermord her. Die Äußerung erfolgte nicht als private Meinungsäußerung, sondern in seiner Funktion als Bundeskanzler und

CDU-Parteivorsitzender, wenige Monate vor den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern.

2. Politische und gesellschaftliche Dimension

In Neubrandenburg und im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte erhalten die AfD regelmäßig erhebliche Stimmenanteile. Die Menschen, die diese Partei wählen, sind Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt — Nachbarn, Handwerker, Unternehmer, Rentnerinnen. Sie werden durch die Äußerungen des Kanzlers pauschal in eine Traditionslinie mit Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern gestellt.

Die Stadtvertretung Neubrandenburg weist dies zurück. Politischer Wettbewerb in einer Demokratie wird durch Sachargumente entschieden — nicht durch historische Diffamierungen, die dazu geeignet sind, einen erheblichen Teil der Bevölkerung zu stigmatisieren und gesellschaftlich auszugrenzen.

3. Verharmlosung des Holocaust

Besonders schwerwiegend ist der Aspekt der Holocaust-Verharmlosung. Der nationalsozialistische Völkermord an sechs Millionen Juden sowie Millionen weiterer Menschen ist ein singuläres Verbrechen der Menschheitsgeschichte. Wer dieses Verbrechen als politisches Kampfmittel in der tagespolitischen Auseinandersetzung instrumentalisiert, relativiert seine historische Einzigartigkeit und Schwere. Dies ist nicht akzeptabel — unabhängig davon, gegen wen es gerichtet wird.

4. Demokratiepolitische Verantwortung

Als Stadtvertretung einer Stadt in Mecklenburg-Vorpommern, wo am 20. September 2026 Landtagswahlen stattfinden, sieht sich die Stadtvertretung Neubrandenburg in besonderer Verantwortung. Die Äußerungen des Bundeskanzlers wurden explizit in unserem Bundesland getroffen. Die Stadtvertretung erteilt damit einem politischen Stil eine klare Absage, der Teile der eigenen Bevölkerung pauschal als Erben von Nationalsozialisten bezeichnet.